

ENDLICH WACHSEN

Sozial-ökologisch wirtschaften
und leben

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de



Berufsverkehr in Beijing China, 2012
Foto: Picture-alliahtc

„Wenn alle Menschen so leben wollten wie wir, bräuchten wir drei Planeten Erde. Der **siebenmilliardste Mensch** ist bereits geboren, Öl kostet über **120 Dollar pro Barrel** und die **CO₂-Emissionen** sind auf Rekordniveau. Die Art wie wir wirtschaften und leben, wird sich grundlegend ändern müssen. Nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen.“

Kerstin Andreae MdB

stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Dr. Hermann E. Ott MdB

Obmann der Enquetekommission

WIR KÖNNEN NUR ENDLICH WACHSEN

Die Menschheit lebt auf Kosten der Natur. Klimawandel, schwindende Artenvielfalt und rasante Flächenverluste mindern die Lebenschancen heutiger und künftiger Generationen. Im Bericht an den Club of Rome „Grenzen des Wachstums“ haben Meadows und andere bereits vor 40 Jahren eine einfache Wahrheit aufgezeigt: Der Planet Erde und seine Ressourcen sind endlich. Mit einer Weltbevölkerung von künftig neun Milliarden Menschen haben wir die ökologischen Grenzen erreicht und sie an vielen Stellen bereits überschritten. Wollten alle so leben wie wir in Deutschland, bräuchten wir bald drei Planeten Erde.

Die grüne Bundestagsfraktion hat aufgrund der großen aktuellen Krisen, der Klima-, Umwelt-, Gerechtigkeits- und Finanzkrise, die Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bundestag zu diesem Themenkomplex angeregt. Die Bundestagsfraktionen haben dann gemeinsam die Enquete „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“ eingerichtet. Zusammen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erarbeiten die Abgeordneten dort Lösungsvorschläge, wie ein angemessener Wohlstand für alle, soziale Gerechtigkeit

und Demokratie mit den Grenzen eines endlichen Planeten vereinbar sind. Ein wichtiger Anknüpfungspunkt für sie ist die schon bestehende nationale Nachhaltigkeitsstrategie.

Die grüne Bundestagsfraktion will in der Enquete-Kommission Wege aufzeigen, wie eine Transformation gelingen kann, die ein sozial und ökologisch gerechtes Leben für heutige und zukünftige Generationen ermöglicht. Denn uns ist bewusst: Um das Ökosystem Erde zu erhalten, müssen wir nachhaltig wirtschaften und leben. Dazu brauchen wir einen neuen Umgang mit Umwelt und Ressourcen und Lösungsansätze dafür, wie wir alle an der Gesellschaft und am Wohlstand teilhaben und dabei naturverträglich leben können. Dies verlangt eine neue Methodik zur Messung von Wohlstand und Lebensqualität.

„Bürgerinnen und Bürger sollen auf einen Blick erkennen, wie es um die Umwelt, den sozialen Zusammenhalt und die finanzielle Basis des Staates steht.“

Dr. Valerie Wilms MdB
stellv. Mitglied der Enquetekommission

MEHR BRUTTOSOZIALGLÜCK STATT BRUTTOINLANDSPRODUKT

Zufriedenheit und Wohlergehen kann man nicht mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) messen. Das BIP misst lediglich den Marktwert aller in einem bestimmten Zeitraum im Inland hergestellten Güter und Dienstleistungen. Dennoch gilt bei vielen immer noch: Steigendes BIP bescheinigt Wohlstand und damit erfolgreiche Politik. Uns ist aber schon lange klar, dass das als Navigationssystem für politische Entscheidungen nicht ausreicht. Das BIP gibt keine Auskunft über den Zustand der Umwelt oder den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und ob die Menschen glücklich sind.

Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, den Indikatoren zur Messung von Umweltverbrauch, Wohlstand und Lebensqualität den gleichen Stellenwert zu geben wie dem BIP. Konkret bedeutet dies, dass beispielsweise der Umweltverbrauch durch den sogenannten ökologischen Fußabdruck dargestellt wird. Dieser misst, wie weit wir über unsere Verhältnisse leben. Solche Indikatoren stellen Transparenz her und zeigen, ob unser wirtschaftlicher Wohlstand auf Kosten von Umwelt und sozialer Gerechtigkeit produziert wird.



WENIGER RESSOURCEN VERBRAUCHEN

Bisher führt Wirtschaftswachstum zu immer mehr Ressourcenverbrauch und Treibhausgasemissionen. Die Aufnahmekapazität der Atmosphäre für CO₂ ist schon jetzt am Limit und dabei müssen viele Länder der Erde wirtschaftlich erst noch aufholen! Was das die Umwelt kostet, zeigt sich immer deutlicher. So werden mit ständig höherem Aufwand knapper werdende Rohstoffe gefördert. Dabei werden – wie bei der Ölförderung in der Tiefsee oder beim Ölschieferabbau in Kanada – hohe Risiken eingegangen und zum Teil enorme Schäden verursacht. Um das Klima, die Biodiversität und die Ressourcen für kommende Generationen zu bewahren, müssen wir in vielen Bereichen drastisch umsteuern.

Wir brauchen dringend Verbrauchs- und Emissionsgrenzen und eine andere Art des Wirtschaftens. So sparen wir Emissionen ein, wenn wir Kohlekraftwerke abschalten und können trotzdem so viel Energie wie wir brauchen aus Sonne, Wind und Wasser gewinnen. Dies bedeutet, dass umweltschädliche Wirtschaftsbereiche schrumpfen müssen und werden. Dabei haben wir die soziale Dimension unseres Handelns immer im Blick.

Wir haben in Deutschland die Technologien, das Wissen und die Fähigkeiten, die ein CO₂-neutrales und ressourcenschonendes Wirtschaften möglich machen. In Materialkosteneinsparung, effizienten Produkten und Produktionsverfahren liegen enorme wirtschaftliche Chancen für Unternehmen und Potenzial für neue Arbeitsplätze. Mit einer gelingenden sozial-ökologischen Transformation können wir Vorreiter und Modell für andere Industrie- und Schwellenländer sein.

„Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich an Werten orientieren und dürfen nicht blind nach Wachstum streben.“

Dr. Thomas Gambke MdB
Mitglied der Enquetekommission

*Der Griesgletscher im Schweizer Kanton Wallis
Quelle: Fischer*



Um das Klima, die Biodiversität und die Ressourcen für kommende Generationen zu bewahren, müssen wir in vielen Bereichen drastisch umsteuern.

POLITISCHE WEICHEN RICHTIG STELLEN

Klimawandel bekämpfen: Wir wollen ein nationales Klimagesetz, das verbindliche Ziele für die Einsparung von Treibhausgasemissionen nicht nur für die Industrie, sondern auch für Verkehr, Wohnen und Landwirtschaft vorgibt. Diese Sektoren sind bisher nicht in den Emissionshandel eingebunden. Bis 2050 sollen 90 Prozent der Emissionen (gegenüber 1990) eingespart werden. Damit schaffen wir für die Autoindustrie, die Wohnungswirtschaft und Landwirtschaft die klaren und verlässlichen Bedingungen, die sie für mehr Investitionen in den Klimaschutz brauchen.

Kreislaufwirtschaft stärken: Unser Ziel ist es, Produkte so entwerfen und bauen zu lassen, dass es keinen Abfall mehr gibt, sondern alle Einzelteile recycelt und wiederverwendet werden. In Deutschland liegen beispielsweise über 80 Millionen Handys zu Hause in Schubladen, weitere landen im Hausmüll. So gehen wertvolle Rohstoffe verloren. Ein erster Schritt zur Kreislaufwirtschaft ist hier die Einführung eines Pfands für Kleinelektrogeräte. So haben Bürgerinnen und Bürger einen Anreiz, ihre alten Handys zurückzugeben. Schon heute könnten 80 Prozent der Materialien wiederverwertet werden.

Ressourcen schonen: Wir wollen eine Förderabgabe von mindestens zehn Prozent des Rohstoffwertes auf Baustoffe wie Kies, Sand und Gesteine. Damit schaffen wir einen nachhaltigen Umgang mit unseren heimischen Rohstoffen. Insgesamt wollen wir verbindliche Effizienzziele setzen: Der Einsatz der Rohstoffe soll bei gleicher Wirtschaftsleistung bis 2020 halbiert werden. Förderprogramme sollen viel stärker auf Effizienz und Ressourceneinsparung ausgerichtet werden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sollen hiervon profitieren, damit sie neue und bessere Produkte und Verfahren entwickeln. Und wir wollen umweltschädliche Subventionen wie zum Beispiel Steuerprivilegien für große Dienstwagen abbauen.

Permanenten Innovationswettbewerb anstoßen: Dafür wollen wir dynamische Effizienzstandards, sogenannte „Top-Runner“, einführen. Das bedeutet, das beste derzeit am Markt befindliche Produkt, beispielsweise eine Waschmaschine mit niedrigem Wasserverbrauch oder ein stromsparender Fernseher, gibt den Standard vor, der von den Wettbewerbern innerhalb einer bestimmten Frist, zum Beispiel fünf Jahren, erreicht werden muss. Produkte, die dies nicht erreichen, dürfen dann nicht mehr auf den Markt gebracht werden.

EFFIZIENZ IST NICHT ALLES

Effizienzmaßnahmen und eine Umstellung auf erneuerbare Energien sind unverzichtbar. Doch zeigt sich, dass Effizienzgewinne oft durch Mehrproduktion oder Mehrnutzung zunichte gemacht werden. Diesen Effekt nennt man „Rebound“. Wir dämmen zwar unsere Gebäude, leben aber auf immer mehr Quadratmetern. Trotz Effizienz steigt so der Energieverbrauch. Automotoren werden zwar energieeffizienter, die Autos aber auch größer. Am Ende tanken wir genauso viel Sprit wie vor 20 Jahren. Der Rebound lässt sich durch technische Lösungen alleine nicht eindämmen – dafür braucht es die richtigen politischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen. Deshalb kämpfen wir für effektive Verbrauchsgrenzen und Effizienzvorgaben. Die Ressourcennutzung muss nach oben begrenzt und Ressourcenverbrauch besteuert werden. Dann würde das 3-Liter-Auto bald kommen.

*„Besser leben aber weniger verbrauchen.
Wir wollen unsere Gesellschaft und Wirtschaft nachhaltig
und sozial gerecht gestalten.“*

Beate Walter-Rosenheimer MdB
stellv. Mitglied der Enquetekommission



Porsche Cayenne und GT Produktion in Leipzig
Quelle: Deniz Saylan

ÖKOLOGISCHEN FUSSABDRUCK VERKLEINERN

Durch unsere Lebensweise und unser Konsumverhalten haben wir großen Einfluss auf den Umweltverbrauch. Beispielsweise werden allein in Deutschland circa ein Fünftel der jährlichen Pro-Kopf-Emissionen durch die Ernährung verursacht. Als KonsumentInnen haben wir aber (meist) die Wahl und vor allem die Verantwortung, unseren ökologischen Fußabdruck zu verkleinern. Aber auch der politische Rahmen übt Einfluss auf unseren Konsum- und Lebensstil aus. Besteht zum Beispiel ein gutes Radwegenetz, fährt man gerne Rad. Wird die ökologische Landwirtschaft gefördert oder sinken die Subventionen für die konventionelle Landwirtschaft, sind mehr Bioprodukte in den Supermärkten zu finden. Die Umwelt nachhaltig entlasten können wir letztendlich nur, wenn wir unsere Werte, unsere Lebensstile und Gewohnheiten überdenken und verändern. So kann man bestimmte Werkzeuge oder Gebrauchsgüter leihen anstatt sie zu kaufen. Ein Beispiel ist die gemeinsame Nutzung eines Autos durch Carsharing. Wir setzen uns dafür ein, dass die politischen Weichen für nachhaltige Lebensstile gestellt werden. Eines ist dabei klar: Nachhaltig Leben muss für alle möglich sein, unabhängig vom Geldbeutel.



Unterwegs mit dem E-Bike.
Quelle: Fishman/seatops.com

POLITIK MUSS NACHHALTIGE LEBENSSTILE FÖRDERN

Fleisch in Maßen statt in Massen: Die Nachfrage nach tiergerecht und ökologisch erzeugten Fleischprodukten steigt kontinuierlich an. Doch sind wir von einer solchen Fleischerzeugung noch lange entfernt. Für die artgerechte Haltung von Tieren fordern wir ein Verbot der Massen- und Käfighaltung. Futtermittelimporte müssen außerdem stark zurückgefahren werden. Damit erreichen wir gleichzeitig mehrere Ziele: Wir schützen Tiere und Biodiversität, wir verbessern die Welternährungssituation und das Klima.

Bezahlbar in sanierten Wohnungen wohnen: Noch verursachen wir durch Heizen und Kühlen 20 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland. Wollen wir dies ändern, muss der gesamte Gebäudebestand energetisch saniert werden. Das kostet Geld. Deshalb fordern wir eine Aufstockung des Gebäudesanierungsprogramms und eine sozial ausgewogene steuerliche Förderung für energetische Sanierung. Wir wollen einen Energiesparfonds einführen, der hauptsächlich einkommensschwachen Haushalten zugutekommt, damit alle – unabhängig vom Einkommen – zum Klimaschutz und zur Energiewende beitragen können.

Nachhaltige Geldanlagen stärken: Wer sein Geld ökologisch und sozial sinnvoll anlegt, unterstützt Investitionen in eine nachhaltige Zukunft. Doch leider ist der Begriff „nachhaltige Geldanlage“ nicht geschützt und es gibt keine einheitlichen Standards. Wir setzen uns dafür ein, dass Mindeststandards für nachhaltige Finanzprodukte eingeführt werden. Denn jeder hat ein Recht darauf, Geld mit gutem Gewissen anzulegen.

Verbrauchermacht stärken: Wer nachhaltige Produkte kaufen will, muss verständlich darüber informiert werden, was in einem Produkt drin steckt und unter welchen Bedingungen es produziert wurde. Für mehr Klarheit wollen wir bessere Produktkennzeichnungen – wie beispielsweise eine Lebensmittelampel – einführen.

WOHLSTAND FÜR ALLE SICHERN

In Deutschland wird die Schere zwischen Arm und Reich größer statt kleiner. Dies schadet dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Viele Menschen fühlen sich ausgeschlossen. Wir wollen eine Gesellschaft, an der alle teilhaben können, in der sich der wachsende materielle Wohlstand gleichmäßiger verteilt.

Ein erster Schritt ist daher eine Steuer- und Finanzpolitik, die sozial und ökologisch gerecht ist. Wir setzen uns für eine Erhöhung der Einkommensteuer von heute 42 Prozent auf 49 Prozent und für eine Vermögensabgabe für sehr hohe Vermögen ein. So tragen die stärksten Schultern mehr als die schwächsten.

Eine sozial-ökologische Marktwirtschaft beinhaltet auch einen Wandel hin zu fairer und guter Arbeit und einer modernen Frauenpolitik. Erreicht werden kann dies unter anderem durch die Einführung eines Mindestlohns und eine Reform der Minijobs. Ausserdem durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einen konsequenten Ausbau der Ganztagschulen wie auch eine gesetzliche Quote für mehr Frauen in den Führungsebenen der Wirtschaft.



*Demonstration vom
Bündis Umfairteilen
Quelle: Boness / VISUM*

GEMEINSAM FÜR EINE SOZIAL- ÖKOLOGISCHE MARKTWIRTSCHAFT

Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich für eine Transformation der sozialen zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft ein. Wir brauchen Wirtschafts- und Sozialsysteme, die Umweltschutz, Verteilungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit als unverzichtbare Rahmenbedingungen berücksichtigen.

Die Politik muss Leitplanken vorgeben, innerhalb derer sich Wirtschaft und Gesellschaft entfalten. Dies bedeutet: feste Grenzen für den Ressourcenverbrauch und eine konsequente sozial-ökologische Steuer- und Finanzreform. Dazu gehört nicht nur, die Fehler der Vergangenheit zu beheben, sondern mit neuen Ideen nach vorne zu schauen, Lösungen aufzuzeigen und sie auch umzusetzen.

Bitte mischen Sie sich ein: Eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht von oben verordnet werden, sondern ist nur möglich durch die Unterstützung von sozialen Bewegungen und eine aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wir können alle nur endlich wachsen.

Prinzessinnengärten, Berlin-Kreuzberg
Quelle: Schwelle/loif



NOCH FRAGEN?**Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion**

Dr. Thomas Gambke MdB

Arbeitskreis 1: Wirtschaft & Soziales

Dr. Hermann E. Ott MdB

Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie, Verbraucher und Verkehr

TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

» gruene-bundestag.de » Themen » Enquete Wachstum
Grüne Rohstoffstrategie (Fraktionsbeschluss 01.09.2011)
Grüne Stadt der Zukunft (Fraktionsbeschluss 10.09.2012)
Für eine neue Tierhaltung – artgerecht statt massenhaft
(Fraktionsbeschluss 06.09.2012)

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

17/3853 Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission

17/132 Klimaschutzgesetz vorlegen

17/8354 Transparenz im Rohstoffsektor

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski

Stand: November 2012, Schutzgebühr: 0,05 €

